



KARIN STRENZ

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-75040
Telefax: 030 227-76411
E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

www.strenz.de



Brief aus Berlin (24)

16. Januar 2015

Themen: Gedenken und Regierungserklärung zu Terroranschlägen in Paris – Neuer Nato-Generalsekretär im Verteidigungsausschuss – Schwarze Null bereits 2014

Liebe Leser,

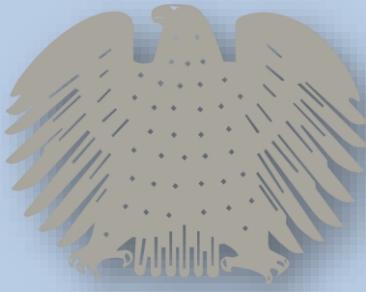
der Berliner Parlamentsalltag hat uns wieder, wengleich diese Woche alles andere als alltäglich war. Natürlich haben uns im Deutschen Bundestag die Terroranschläge in Paris erreicht und Einfluss auf die Tagesordnung genommen. Am Donnerstag früh wurde die Beratung des „Vierten Berichtes der Bundesregierung über die Umsetzung des Aktionsplans ziviler Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ abgesetzt. Stattdessen gab es eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin anlässlich der Ereignisse in Frankreich.

Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach Bundestagspräsident Norbert Lammert. Die Taten bezeichnete er als „demonstrativen Angriff auf die freie und offene Gesellschaft, auf unsere geschriebene und ungeschriebene Verfassung, Überzeugungen und Werte“. Er schlug einen Bogen zur Französischen Revolution (1789) und erinnerte an die Prinzipien, die seither gemeinsame Grundlage der europäischen Zivilisation geworden sind: *liberté, égalité, fraternité* - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Das Plenarprotokoll verzeichnet Beifall im ganzen Haus. Als

Zeichen unseres tiefen Mitgefühls erhoben wir uns zum Gedenken an die Opfer und deren Angehörigen.



Danach betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel unsere Solidarität und besondere Freundschaft zu Frankreich. Wir erkennen in diesen schweren Zeiten zusammen und sind uns bewusst, „dass es hier, bei uns in Deutschland, keine Sicherheit gibt, wenn es dort, in Frankreich, keine Sicherheit gibt. Das deutsche und das französische Schicksal sind in unserer globalisierten Welt untrennbar miteinander verbunden“. So ist es. Doch was tun gegen islamistische Gewalt? In acht Punkten zeigte die Bundeskanzlerin auf, wie man in Zukunft den Staat und uns Bürger (noch)



KARIN STRENZ

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-75040
Telefax: 030 227-76411
E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

www.strenz.de



Brief aus Berlin (24)

16. Januar 2015

Themen: Gedenken und Regierungserklärung zu Terroranschlägen in Paris – Neuer Nato-Generalsekretär im Verteidigungsausschuss – Schwarze Null bereits 2014

besser schützen kann, unter anderem mit einer Neuregelung der Mindestspeicherfristen für Kommunikationsdatenträger auf europäischer Ebene: „Wir sollten darauf drängen, dass die von der EU-Kommission hierzu angekündigte überarbeitete EU-Richtlinie zügig vorgelegt wird, um sie anschließend auch in deutsches Recht umzusetzen“. Ein wichtiger Punkt, es darf doch nicht sein, dass Fanatiker in europäischen Staaten unter unterschiedlichen Voraussetzungen ihr Unwesen treiben können, in dem einen Staat mehr und in dem anderen weniger verfolgt. Klar bleibt aber auch, dass es trotz zahlreicher Maßnahmen (leider) keine absolute Sicherheit geben kann.

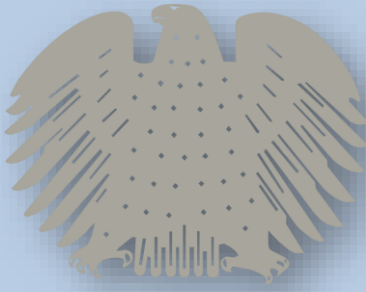
Am Vortag hatten wir hohen Besuch im Verteidigungsausschuss, der neue Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg war in Berlin. Zuerst bei uns im Verteidigungsausschuss, dann im Auswärtigen Ausschuss und danach ging's zur Bundeskanzlerin: „Die richtige Reihenfolge“, wie unser Vorsitzender augenzwinkernd bemerkte.

Der Norweger ist in seinem Auftreten nicht ganz so hart wie sein Vorgänger Anders Fogh Rasmussen aus Dänemark. In ruhiger Tonlage erläuterte er uns nochmals die zukünftige Strategie. Drei Forderungen hat er konkret skizziert: Die Nato muss sich stark halten und folglich mehr

miteinander üben. Die schönsten Pläne sind nutzlos, wenn sie in der Praxis nicht funktionieren. Wir haben zum zweiten als Verteidigungsbündnis ein Interesse daran, unsere Nachbarn außerhalb der Nato zu stabilisieren. Jeder Konflikt, der nicht ausbricht, ist jede Anstrengung und jede diplomatische Offensive wert. Womit wir beim dritten Punkt wären, der eben auch unvermeidlich ist: Die Mitgliedstaaten sollten nach Stoltenbergs Ansicht mehr Geld investieren. Es gelte das alte Nato-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in den Verteidigungshaushalt zu stecken. Deutschland ist aktuell bei 1,3 Prozent und liegt damit im hinteren Mittelfeld.



Dafür haben wir etwas Sensationelles erreicht, die schwarze Null im Haushalt!!! Was, schon mal



KARIN STRENZ

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 227-75040
Telefax: 030 227-76411
E-Mail: karin.strenz@bundestag.de

www.strenz.de



Brief aus Berlin (24)

16. Januar 2015

Themen: Gedenken und Regierungserklärung zu Terroranschlägen in Paris – Neuer Nato-Generalsekretär im Verteidigungsausschuss – Schwarze Null bereits 2014

gehört? Ja, nur eben jetzt in einer neuen Variante. Nicht erst 2015, sondern bereits im zurückliegenden Jahr sind wir ohne neue Kredite ausgekommen: „Die Dinge haben sich kumuliert, die zu diesem Ergebnis führten“, hieß es dazu knapp aus dem Finanzministerium. Klingt ein bisschen so, als wolle man sich für diese tolle Nachricht entschuldigen.

Wie ist das Ganze passiert? Kurze Rückschau: Eingeplant war für 2014 eine Neuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro. Vor Weihnachten zeichnete sich ab, dass man am Ende deutlich darunter liegen würde. Zum einen gab es ein Urteil des Bundesfinanzhofes: Die Kernbrennstoffsteuer, umgangssprachlich besser bekannt als Brennelementesteuer (und damit wohl auch noch nicht jedem geläufig), ist rechtmäßig. Es handelt sich um eine Abgabe, die von den Betreibern der Kernkraftwerke erhoben wird. Wir haben sie in der letzten Legislaturperiode beschlossen. Nach der Verkündung der Rechtmäßigkeit haben die Stromkonzerne umgehend 2,5 Milliarden Euro überwiesen. Zum anderen profitierte der Bundeshaushalt von der guten Binnenkonjunktur und der positiven Beschäftigungslage, heißt, die Steuereinnahmen fielen gegen Ende des Jahres nochmal höher aus als angenommen.



Und auch auf der Ausgabenseite gab es eine Entlastung: Die Zinskosten waren wegen der Entwicklung an den Kapitalmärkten geringer als veranschlagt. Macht alles zusammen eine schwarze Null, für 2014. Herzlichen Glückwunsch, Wolfgang Schäuble. Der letzte, dem das gelang, war Ende der sechziger Jahre Franz-Josef Strauß, übrigens auch in einer Großen Koalition. Danach übernahm die SPD gemeinsam mit der FDP die Regierung. Die Schuldenberge kamen zurück.

In diesem Sinne,

Ihre Karin Strenz